Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Kaden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 109. | Dresden, Montag den 13. Mai 1918. | 29. Jahrg.

Schlechte Aussichten für das gleiche Wahlrecht.

Es kann nun kein Zweifel mehr daran sein, daß das gleiche Wahlrecht bei der heutigen dritten Lesung der Wahlrechtsvorlage wieder abgelehnt wird, und daß auf eine Verständigung nicht zu rechnen ist. Die Aussichten auf das Zustandekommen der Wahlrechtsvorlage sind um so schlechter geworden, als sich herausstellt, daß die Mehrheit des Zentrums gar nicht entschieden hinter dem gleichen Wahlrecht steht, und offenbar bisher nur widerwillig für das gleiche Wahlrecht eingetreten ist. In einer Zuschrift, die die Germania aus parlamentarischen Kreisen erhält, heißt es, nach dem auf die Nichtannahme der vom Zentrum vorgeschlagenen Sicherungen hingewiesen worden ist.

Eine Minderheit in der Fraktion ist grundsätzlicher Anhänger des gleichen Wahlrechts und wird auch ohne Sicherungen dafür stimmen; der größere Teil aber will das gleiche Wahlrecht nur annehmen, wenn zugleich die Sicherungen eingeführt werden. Bekanntlich hat auch die christlich-nationale Arbeiterbewegung in ihrer Kundgebung zum gleichen Wahlrecht die politischen und kulturellen Sicherungen verlangt.

So also stehen die Dinge. Bisher mußte man aus den Aeußerungen der Zentrumsvertreter in der Oeffentlichkeit den Eindruck gewinnen, daß die Partei, mit Ausnahme von einigen Außenseitern, ganz entschieden auf dem Boden des gleichen Wahlrechts steht. Jetzt erfährt man, daß das Gegenteil der Fall ist. So ist es ja schon oft gegangen, wenn ein politischer Fortschritt in Deutschland gemacht werden sollte. Erst sieht es so aus, als wenn alle bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der äußersten Rechten, dafür Feuer und Flamme seien und nachher sieht man, daß es in Wirklichkeit anders ist und daß ein großer Teil der Herren aus den bürgerlichen Parteien nur deshalb mitgemacht hat, weil er aus Rücksicht auf die Wählermassen zunächst nicht den Mut zum offenen Widerstand finden konnte. In der Brust des Zentrums wohnen, wie bei der nationalliberalen Partei zwei Seelen. Auf der einen Seite wird die Partei durch die Rücksicht auf die großen Arbeitermassen, die ihr noch angehören, veranlaßt, sich demokratisch zu geben, auf der anderen Seite aber steht der Einfluß der feudalen Herren, die in der Partei stark vertreten sind, und mit denen, wie das auch diesmal der Fall sein soll, die hohe Klerisei verbunden ist. Das Zentrum hat so eine große Aehnlichkeit mit der nationalliberalen Partei, die auch ständig hin- und herschwankt und die im besten Falle für einen Fortschritt immer nur einen Teil ihrer Mannen auf die Beine bringt. Freilich halten die Zentrumsleute äußerlich etwas mehr auf Disziplin wie die Nationalliberalen. Die Nationalliberalen tragen ihre Meinungsverschiedenheiten von vornherein auf den offenen Markt, beim Zentrum spielen sich die inneren Kämpfe in aller Stille ab und die Oeffentlichkeit wird dann eines schönen Tages von der Kunde überrascht, daß das Zentrum wieder umgefallen ist oder daß es ihm eigentlich von vornherein gar nicht recht ernst mit seiner Haltung gewesen ist.

Die Junker haben unter diesen Umständen natürlich keine Veranlassung in der Wahlrechtsfrage nachzugeben. Wenn auch die Mehrheit des Zentrums im Dreiklassenhaus das gleiche Wahlrecht nur widerwillig schluckt und gern die Gelegenheit ergreift, um seine Einführung zu verhindern, warum sollen sie da ihren Widerstand aufgeben. Von der Regierung haben sie zunächst auch nichts zu fürchten. Es geht zwar die Sage, daß Herr Hertling das Auflösungsdekret in der Tasche habe, aber so viel steht vorläufig ziemlich fest, daß er es zunächst nicht herausnehmen wird. Wie in der Zuschrift an die Germania behauptet wird, setzt man die Hoffnung, daß das preußische Herrenhaus, an das nun die Verfassungsvorlage gehen soll, die verfahrene Geschichte irgendwie in Ordnung bringen wird. Ein verzweifelt schlechter Trost für das preußische Volk. Vom preußischen Herrenhaus, dieser Versammlung echtpreußischer Altertümer soll die Rettung der Verfassungsvorlagen kommen? Es ist wahrlich nicht anzunehmen, daß die Vorlagen schöner aussehen werden, wenn sie die edlen und erlauchten Herren in der Mache gehabt haben. Der Verfasser der Zuschrift an die Germania meint, das Herrenhaus habe an dem Zustandekommen der Verfassungsvorlagen ohne Auflösung des Abgeordnetenhauses ein sehr starkes Interesse, weil jetzt die Herrenhausvorlage seinen Wünschen entspreche und ein neugewählter Landtag die Herrenhausvorlage schwerlich so bestehen lassen würde, wie sie jetzt ist. Es erscheine, so meint der Mann, daher nicht ausgeschlossen, daß das Herrenhaus bezüglich des gleichen Wahlrechts eine neue Formulierung sucht, indem es vielleicht eine Altersstimme und eine Familienstimme einfügt und auch die politischen und kulturellen Sicherungen annimmt.

Der Verfasser der Zuschrift glaubt aber selbst nicht daran, daß auf diesem Wege die Vorlage wurde durchgebracht werden können. Nun sollen sich ja, wie in der Germania versichert wird, Krone und Regierung darüber einig sein, daß das Abgeordnetenhaus aufgelöst werden soll, wenn endlich die Wahlrechtsvorlage nicht zustandekommt. Die Zukunft wird darüber Klarheit schaffen, ob sich tatsächlich die Regierung zu einer solchen Tat wird aufraffen können. Zunächst aber wird die Entscheidung verschleppt. Und es müßte nicht mit rechten Dingen zugehen, wenn die Konservativen sich dadurch stutzig machen ließen, daß die Auflösung des Dreiklassenhauses in einigen Monaten in Aussicht gestellt wird. Kommt Zeit, kommt Rat.

Unsere Junker vertrauen darauf, daß ihr Einfluß in Preußen-Deutschland sehr starke Wurzeln hat, ist es ihnen doch schon so oft gelungen, sich politischen Fortschritten mit Erfolg in den Weg zu stellen. Wer weiß, wo die Herren Hertling, Friedberg und Trews in einigen Monaten sind?

Freilich, daran kann gar kein Zweifel sein, auf die Dauer werden die Junker die Einführung des gleichen Wahlrechts nicht verhüten können. Durch das, was in Preußen geschieht, wird Arbeit für die Sozialdemokratie geleistet. In den weitesten Kreisen des Volkes muß es die größte Empörung erregen, daß man den breiten Massen, die jetzt so schweres ertragen haben, noch immer den ihnen gebührenden Einfluß auf die Geschicke ihres Landes versagen will, und so manchem werden dadurch die Augen darüber geöffnet werden, wohin er gehört. Bei den nächsten Wahlen werden die Wahlrechtsfeinde die Quittung für ihr Gebaren erhalten. Die Kraft, die das Böse will, wird auch hier das Gute schaffen. Gerade der Widerstand gegen das gleiche Wahlrecht wird die Sozialdemokratie so stärken, daß sie über kurz oder lang das gleiche Wahlrecht wird erkämpfen können, wenn es diesmal nicht zustandekommt. Und dann wird etwas besseres herauskommen, als die jetzige Vorlage, durch die das gleiche Wahlrecht so mannigfach verunstaltet wird.

•

Die dritte Lesung der Verfassungsvorlage.

Zu der am Montag beginnenden dritten Beratung der Verfassungsvorlagen ist bereits wieder eine große Reihe von Anträgen eingebracht. Es handelt sich dabei durchweg um Anträge, die schon zur zweiten Lesung gestellt, aber abgelehnt worden sind. Hierzu gehört in erster Linie ein **fortschrittlicher Antrag** auf Wiederherstellung des § 3 der Vorlage über die Wahlen zum Abgeordnetenhause, der bekanntlich das gleiche Wahlrecht vorsieht. Ein gleichlautender Antrag ist von den beiden nationalliberalen Abgeordneten Lucas und Dr. Otto gestellt worden. Die Nationalliberalen haben ferner ihren Antrag auf Einführung der Verhältniswahl in den gemischtsprachigen Teilen des Ostens, in Groß-Berlin und einigen westlichen Industriebezirken wieder eingebracht, ebenso die Fortschrittler ihren Antrag, der die Verhältniswahl einführen will in allen denjenigen Kreisen, in denen sie auch nach dem dem Reichstage vorliegenden Gesetzentwurf eingeführt werden soll. Vom Zentrum liegen bisher die Sicherungsanträge, soweit sie sich auf das Verhältnis von Kirche und Schule zum Staat beziehen, sowie der Sicherungsantrag auf Durchzählung der Stimmen in einer vereinigten Sitzung beider Häuser für den Fall, daß das Herrenhaus einer Vorlage des Abgeordnetenhauses nicht beitritt, vor.

Der Beratungsplan geht dahin, daß zunächst eine allgemeine Besprechung über alle Gesetzentwürfe stattfindet. Dann soll über die Sicherungsanträge beraten werden, dann über das Verfassungsgesetz, hierauf folgt die Beratung über das Gesetz über die Zusammensetzung der Ersten Kammer und erst dann die über das Gesetz betreffend die Wahlen zum Abgeordnetenhause. Im Anschluß daran wird dann die Gesamtabstimmung über alle drei Gesetze vorgenommen. Hiernach dürfte die Entscheidung über das gleiche Wahlrecht am Montag noch nicht fallen. Es steht aber fest, daß das Haus auch diesmal wieder das gleiche Wahlrecht ablehnt.

•

Ein neuer Antrag Lohmann.

Von den nationalliberalen Gegnern eines gleichen Wahlrechts ist nunmehr der veränderte Antrag Lohmann eingebracht worden. Er geht von den Abgeordneten Dr. Lohmann, Flathmann, Fuhrmann und Dr. Haenser aus und hat folgenden Wortlaut:

Eine Zusatzstimme soll erhalten:

a) wer 50 Jahre alt ist, sowie
b) wer entweder
   1. seit mehr als zehn Jahren vom vollendeten 25. Lebensjahr an gerechnet in der Gemeinde, in der er wahlberechtigt ist, seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, oder
   2. wer mehr als zehn Jahre (einschließlich der Militärdienstzeit) vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet, im Reichs-, Staats-, Kommunal-, Kirchen- oder Schuldienst hauptamtlich angestellt ist, oder
   3. wer mehr als zehn Jahre vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet als Mitglied einer deutschen Körperschaft des öffentlichen Rechtes oder in deren Verwaltung ehrenamtlich oder als fest angestellter Beamter tätig ist oder gewesen ist, oder
   4. wer in Land- oder Forstwirtschaft, Fischerei, Industrie, Bergwerke, Handwerk, Handel oder im freien Berufe selbständig oder als leitender Beamter oder sonstiger Geschäftsleiter seit mindestens einem Jahre vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet tätig ist.
c) Bei den in b genannten Fristen gilt für Kriegsteilnehmer (Allerhöchster Erlaß vom 7. September 1915, Reichsgesetzbl. S. 500) der Kriegsdienst nicht als Unterbrechung der Tätigkeit oder der Wohnsitz- oder Aufenthaltsdauer, an welche die Zusatzstimme geknüpft ist.

Nach diesem Antrag wäre es also bestimmten Wählerschichten möglich, zwei Zusatzstimmen zu erlangen.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

wtb. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 13. Mai 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Kemmelgebiet hielt lebhafte Artillerietätigkeit in Verbindung mit örtlichen Infanteriegefechten an. Auch in den übrigen Kampfabschnitten lebte sie am Abend vielfach auf. Im Ancre Tal, südwestlich von Albert, wurde ein englischer Teilangriff abgewiesen. An vielen Stellen der Front setzte der Feind seine Erkundungsvorstöße fort. Bei ihrer Abwehr machten wir mehrfach Gefangene.

Im April beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 15 Fesselballone und 271 Flugzeuge, von denen 122 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt sind.

Wir haben im Kampfe 123 Flugzeuge und 14 Fesselballone verloren.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Joffe über das neue Rußland.

Der russische Botschafter in Berlin, Joffe, gewährte dem Berliner Berichterstatter des Neuen Wiener Journals, Dr. Friedegg, eine Unterredung. Auf die Frage nach der zukünftigen Regierungsform Rußlands äußerte Joffe: „Ich bin dessen vollkommen sicher, daß eine Rückkehr zur Monarchie bei uns ausgeschlossen ist. Die Monarchie hat in Rußland keinen Boden mehr. Eine Rückkehr zu bourgeoisen Verhältnissen, zur Regierung von Nichtsozialisten, halte ich unter gewissen künstlichen Bedingungen für möglich, eine Wiederkehr des Zarismus nicht."

Auf die Frage, ob die gegenwärtige Regierung eventuell mit den bourgeoisen Parteien paktieren würde, erklärte Joffe:

„Das ist absolut ausgeschlossen. Paktieren wäre gleichbedeutend mit einer Annullierung der gegenwärtigen Regierungsform. Ich bin auch fest davon überzeugt, daß die gegenwärtige Regierung Rußlands von innen heraus nicht zu stürzen ist. Es gibt heute keine einzige Macht in Rußland, die die Kraft hätte, uns zu stürzen. Hinter uns steht sozusagen das ganze Volk, die große Masse der russischen Bauern und Arbeiter, überhaupt alle Leute, die das kapitalistische System mit Besitzprivilegien nicht gesegnet hat. Sie alle sind in den Sowjets organisiert, und die jetzige Regierung bildet nur den Gipfel der gewaltigen Struktur, die sich über ganz Rußland erstreckt und ihre Verzweigung noch ständig erweitert. Auch die Kleinbürger haben allmählich einsehen gelernt, daß sie ohne uns nicht auskommen. Auch sie kommen langsam zu uns herüber. Die Dauerhaftigkeit unserer Macht ergibt sich aus folgendem: Die anderen Mächte, die vor uns an der Regierung waren, sind diskreditiert. Das Zarentum ist denkbar unpopulär. Miljukow und seine Leute sind vom Volk als unbrauchbar erkannt. Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre mit Kerenski haben in den Augen der Massen völlig versagt. Bliebe also nur noch eine Grenze, die scheinbar links von uns steht: Die Anarchisten. Aber den Anarchisten fehlt jede politische Stoßkraft. Der Zarismus und die bourgeoisen, wie die gemäßigt sozialistischen Parteien haben sich eben, teils im Krieg, teils in der Revolutionszeit schwer kompromittiert.

Ob das wahr ist, was in vielen Zeitungen stand, daß Trotzki und Lenin entzweit sind, und daß Trotzki deshalb in Petrograd sitzt, während unsere Regierung in Moskau domiziliert? Zunächst: Trotzki amtiert längst nicht mehr in Petrograd, sondern in Moskau. Trotzki war schon in Moskau, als ich hierher reiste. Ferner: In unserer Partei war eine Minderheit für die Fortführung des Krieges gegen Deutschland — nicht für die Weiterführung der militärischen Operationen, aber auch nicht für die Unterzeichnung des Friedensvertrages. Die Mehrheit war für die Annahme des deutschen Ultimatums. Lenin führte die Mehrheit, Trotzki die Minderheit; aber die Minderheit hat sich dem Votum der Mehrheit gefügt, wie das der Parteimoral entspricht, und zwischen Trotzki und Lenin besteht heute ein persönlich ausgezeichnetes Verhältnis. Auch die Nachrichten über den schweren Leidenszustand von Lenin sind erfunden. Lenin war kurze Zeit krank an Zahnweh. Aber er ist längst wiederhergestellt. Er ist ein kräftiger Gesunder, höchst energischer Mann und denkt nicht ans Sterben. Ueber das künftige Verhältnis Groß-Rußlands zur Ukraine kann ich nur sagen, daß — entgegen dem hier verbreiteten Glauben Groß-Rußland auf die Ostsee, auf die Ukraine durchaus nicht angewiesen ist. [illegible] in normalen Zeiten [illegible] produzieren nur nicht [illegible] können. [illegible] Ausfuhr zur [illegible] ten Verhältnis[illegible] wir sehr wohl [illegible] zu liefern [illegible] Auch sonst [illegible] versorgt, [illegible]